

Belegpreis
Für alle vierteljährlich bei postmöglicher
Zahlung 2,50 M., durch die Post
8,25 M., ausd. Zahlungsevidenz.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungsbereich
unter „Sozial-Zeitung“ einzutragen.
Für anvertraute eingehende Korrespondenz
wird keine Vergütung übernommen.
Postamt mit ausd. Anschrift:
„Sozial-Zeitung“ gefastet.
Verleger der Redaktion Nr. 1140:
Dr. Friedrichs, Berlin 1133 a.
Verleger-Gesellschaft, Große Märk-
straße 68, 1., Telefon Nr. 590 u. 591.

Sozial-Zeitung.

Dreizehnvierteljährlicher Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeit (oder deren)
Raum mit 20 Pfg., (solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
halle, Gr. Märkstraße 68, 1. sowie von
unseren Kreisvertriebern und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.
Nehmen die Zeile 75 Pfg. für Halle
und umliegend 1 Mt.
Erben ist täglich einmal,
Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Druck-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Marktstraße 17;
Verlagsgeschäftsstelle: Markt 24.
Kreislagerung: Gr. Märk-
straße 68, 1., Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 79.

Halle a. S., Mittwoch, den 17. Februar

1909.

Vom Oberststallmeister zum Botschafter?

* Berlin, 16. Febr. Nach der „N. Z. a. M.“ spricht man in Berliner Kreisen davon, daß der deutsche Botschafter in London Graf Wolff-Metternich zurücktreten und den Oberststallmeister Freiherrn von Reischach zum Nachfolger erhalten werde. Ob sich diese Nachricht bestätigen wird, bleibt natürlich abzuwarten.

* Die Meldung klingt überraschend! Nicht des halb überraschend, weil wir — es ist noch nicht lange her — im Parlamente davon hörten, daß für die Folge bei der Besetzung der diplomatischen Posten nicht auf Rang, Titel und Adel, sondern auf dienstliche Tüchtigkeit, Wissen und Können gesehen werden soll. Wir wollen Herrn von Reischach, der seine Karriere als Gardeoffizier begann, dann aber in den Sphären trat und eine Reihe von Jahren der verstorbenen Kaiserin Friedrich als Hofmarschall diente (in welcher Stellung er auch mit der Kaiserin Bruder, dem König Eduard, in Verbindung stand), die Befähigung zu diesem Posten nicht abstreiten. Wenn es auch immerhin auffällt, daß ein Mann, der jetzt an der Spitze des kgl. Marstalls steht, mit einem Male den Diplomatenstand anzugehen soll. Uns interessiert mehr bei der ganzen Sache! Denn, einem „an dir“ zufolge, soll Herr Oberststallmeister Freiherr von Reischach nicht zu den Freunden des jetzigen Reichstanzlers zählen. Herr v. Reischach gilt als einer der Herren, bei denen des Kanzlers Politik nicht immer Zustimmung oder Verständnis findet. Wird Herr von Reischach, der überdies noch in engen verwandtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zum schlesischen Hochadel steht — bei dem der Ursprung der Strömung gegen Rüst-Bülow zu suchen ist — trotzdem Botschafter in London, wo er die Politik des Kanzlers vertreten müßte, so läßt diese Ernennung darauf schließen, daß sie entweder ohne Zustimmung des Fürsten Bülow erfolgt, oder daß Fürst Bülow entschlossen ist, Anfang Herbst — wie er jüngst einem besetzten Herren gegenüber äußerte — zurückzutreten. Was allerdings gegen den Wunsch des Kanzlers wäre, dem ein Kanzlerwechsel durchaus wiberstrebt; der Monarch ist heute mehr als im November v. J. entschlossen, den Kanzler zu halten.

Die Ernennung des Herrn von Reischach wäre demnach ein ausgezeichneter Ballon zur Feststellung der Windrichtung in den oberen Regionen.

Figaro.

Nachlasssteuer und Landwirtschaft.

* Die „Nordd. Allg. Zig.“ schreibt:
In der letzten Sitzung der Finanzkommission des Reichstages hat Finanzminister Herr v. Rheinbaben gegenüber der Majorität des Bundesoberlandwirts über die angeblich verderbliche Wirkung der vorgeschlagenen Nachlasssteuer auf die bäuerliche Bevölkerung eine Reihe von Angaben gemacht, die bei weiterer Verbreitung zweifellos geeignet sein würden, die vielfach bestehenden Bedenken gegen die Nachlasssteuer zu entkräften.
Der Finanzminister hob zunächst hervor, daß nach den Berechnungen des letzten preussischen Ergänzungsteuergesetzes überhaupt nur ein Fünftel sämtlicher Landwirtschaftlicher Güter unter die Steuer fallen würde. Bei der Fünftel aller Landwirte beträgt nämlich das Wertesumme weniger als 50 Millionen. Rechnet man den Wert eines Morgens mit durchschnittlich 200 Mark, so würde sich ein Wert von 10.000 Mark und unter Zurechnung von Gebäude und Inventar ein Wert von 20.000 Mark ergeben. Würde man, wie es vielfach vorgeschlagen ist, die Grenze der Nachlasssteuer höher ansetzen, also erst etwa bei 50.000 Mark beginnen, so würde naturgemäß ein noch höherer Teil der Grundstücke frei bleiben.
Weiter gab Herr v. Rheinbaben eine Reihe von Angaben darüber, wie sich nach den Berechnungsgrundlagen des Nachlasssteuergesetzes für einzelne Güter der Steuerertrag stellen würde. Dabei ist als Wert der zunehmenden Ertragswert angenommen und ist jedesmal die Hälfte des Wertes als Schulden in Abzug gebracht. Nach dieser Berechnung stellt ein Gut mit einem jährlichen Reinertrag von 2000 Mark und 40.000 Mark Schulden 120 Mark Steuer oder 5,33 Mark Rente während 20 Jahren. Ein Gut mit einem jährlichen Reinertrag von 8000 Mark und 100.000 Mark Schulden zahlt 450 Mark oder 5,62 Mark Jahresrente. Ein Gut mit 16.000 Mark Reinertrag und 200.000 Mark Schulden zahlt 2400 Mark Steuer oder 24,89 Mark Rente. Ein ganz großes Gut von 2 Millionen Mark Wert mit

einem Reinertrag von 80.000 Mark und 1 Million Mark Schulden zahlt 16.000 Mark oder 12,3617 Mark Jahresrente. Es kann danach nicht die Rede davon sein, daß diese Belastung eine unerträgliche sein könnte, insbesondere ist sie für kleine und mittlere Güter nur gering und erreicht eine gewisse ansehnliche Höhe gemäß der stark progressiven Gestaltung des Gesetzes erst bei den ganz großen Gütern.
Der Finanzminister machte weiterhin darauf aufmerksam, daß eine Vermögenssteuer, wie sie bei Abschaffung der Nachlasssteuer notwendig sein würde, unter Umständen für die Landwirtschaft eine höhere Dose mit sich bringen könnte. Denn würde aller Voraussicht nach die Veranlagung wenigstens in Preußen nach den Grundfragen des Ergänzungsteuergesetzes zu erfolgen haben. Dieses aber beginnt nicht erst bei 20.000, sondern bei 6000 Mark und ist auch nicht so progressiv ausgestaltet wie der Nachlasserwerbsteuer.

Demnach würde gerade auf die bäuerliche Bevölkerung bei einer Vermögenssteuer ein erheblicher Teil entfallen als bei einer Nachlasssteuer.

Castro an sein Volk.

Zehnjähriger oder Gedächtnisjahr?
In Tausenden von Exemplaren ist in Caracas (Venezuela) eine Proklamation verbreitet worden, die mit dem Namen des Ex-Präsidenten Castro gezeichnet ist. Das einzigartige Dokument lautet:

„An die Venezolaner!
Seit dem Tage, wo ich die Fahge der liberalen Restauration in unserem Lande entrollte, bis auf den heutigen Tag habe ich mich ausschließlich durch den Gedanken an das Wohl meines Vaterlandes und das meiner Mitbürger leiten lassen. Auf dem Altar dieses edlen Zieles habe ich alles geopfert, alles, was den Menschen das Höchste ist — meine Ruhe, mein Vermögen und jetzt selbst meine Existenz. Im Dienste dieser heiligen Pflicht, die mir die Liebe zu meinem Vaterlande auferlegte, habe ich meine ganze Kraft erschöpft und der glüklichen Hand der Vorsehung, die meine Handlungen leitete, ist es zu danken, daß sie stets von wunderbarem Erfolg gekrönt waren. So schuf ich den heldenmütigen Krieger, dessen Hieb Euch jetzt erfreut, mit einem titanischen Stoß meines gemaltigen Armes, der drei der mächtigsten Nationen der alten Welt fast zerstörte. Und Venezuela konnte sich groß und stolz erheben; und die großen Fabriken und all die nationalen Unternehmungen, neue Dorados, sind die Früchte meiner geistlichen Verwaltung. Und wenn einige diplomatische Beziehungen abgeschlossen wurden, so ist das dem zuzuschreiben, daß ich das Sklaventum der Fremdenherrschaft brach und der majestätischen Fahnen der Ausländer einen undurchdringlichen Damm entgegensetzte.“

„Doch allem, Ihr Dankbaren, weis jetzt die ganze Welt, was Ihr ihm angetan habt, ihm, der sein Vaterland verließ, um seine Gesundheit wiederzugewinnen, die im Dienste das Vaterlandes geopfert worden war, um dann sein großes Reformwerk wieder fortzuführen. Aber weit entfernt, darüber Betrübniß zu empfinden, erfüllt es mich im Gegenteil mit Jubel und Genugtuung, weil wir, die großen Männer, uns auch selbst im Unglück gleichen: Napoleons Starb in der Verbannung, Miranda brachte seinen letzten Atem aus als Kriegsgefangener in Caracas, und Bolivar starb mit der Ruhm und das Märtyrertum teilt, war das Opfer der Un dankbarkeit seiner eigenen Mitbürger.“

Venezolaner! Ich will Euren unbesonnenen Wünschen nicht im Wege stehen, und da Ihr es so wollt, entteile ich mich für immer der Macht, die Ihr mir gegeben habt, und während ich zum Jägerstab greife, empfehle ich Euch, immer darauf zu achten, daß mein Vaterland groß, unaufhaltsam fortwährend und glüklich bleiben möge, wie Bolivar es sich geträumt hat, und wie ich es bewirkt habe.“

Venezolaner! Ein großes Herz kennt keine Rache noch Rachegefühl. Ich vergebe euch, und während ich Venezuela meinen letzten Abschiedsgruß bringe, muß ich Euch sagen, daß in meinem Herzen noch immer das heilige Feuer der Vaterlandsiebe glüht. Mit der ich mühe, wenn das Vaterland meine Dienste von neuem brauchen sollte, auch von neuem mein ruhmreiches Kampf-gewand umgürten werde.
Berlin (Deutschland), Dezember 1908.

Bemerket ich noch, daß der „Nieuwe Rotterdamse Courant“, der das Genießereine venezolanischen Blatte entnommen hat, die Echtheit der „Proklamation“ beweist. Es scheint tatsächlich nicht ausgeschlossen, daß einer der venezolanischen Landleute Castro dieses Karnevalsdokument verfaßt hat, um den Ex-Präsidenten lächerlich zu machen.
Wie aus den beiden eingetroffenen letzten Nummern der in Caracas herausgegebenen „Gaceta Oficial“ zu ersehen ist, unterzeichnet Castro nachfolgend jetzt die amtlichen Ernennungen usw. als „Präsident von Venezuela“. Bisher hatte Gomez sich auf den amtlichen Schriftführer und in der „Gaceta Oficial“ (dem venezolanischen „Reichsanzeiger“) immer nur als „Repräsentierender Präsident“ ausgegeben.

Deutsches Reich.

Das Steuerprivileg der Landesfürsten.

Gleich bei den ersten Besprechungen der Reichsteuerfinanzreform ist wiederholt vorgebracht worden, daß in Zeiten so großer staatlicher Finanznotlagen, wie wir sie jetzt durchleben, es an der Zeit liege, zugunsten des öffentlichen Finanzwesens im Reich die Privilegien, die die Landesfürsten und ihre Familienmitglieder auf dem Gebiete der Zoll- und Steuerfreiheit und des Steuerwesens genießen, zu revidieren, sie einzufrieren, eventuell sie aufzuheben.

Von diesem Gedanken ist bei der Aufhebung des Steuerprivilegs der Landesfürsten und Landesfürstinnen innerhalb der Finanzkommission gelegentlich der Beratung der Nachlasssteuer am vergangenen Mittwoch in Form eines Antrages von freisinniger Seite aufgenommen worden. Und während man sonst bei den Beratungen gerade dieses wichtigen Teiles der Steuerreform in den Berichten immer wieder liest, daß Paragrafen über Paragrafen, Anträge über Anträge abgelehnt wurden — liegt die bisher eigentlich viel zu wenig gewürdigte Tatsache vor, daß der freisinnige Antrag auf Aufhebung des Steuerprivilegs der Landesfürsten und Landesfürstinnen, wenn auch nur mit 14 gegen 13 Stimmen, so doch eben angenommen worden ist.

Das ist eins der wenig erfreulichen Momente in den bisherigen Beratungen über die Nachlasssteuer. Und es kommt jetzt darauf an, daß man diesen Gewinn festzuhalten sucht und ihn nicht etwa bei den vielen Kompromißverhandlungen preisgibt, die jetzt vor und hinter den Kulissen gerade bei der Nachlasssteuer geführt werden.

Treffend hat ein freisinniges Mitglied der Kommission bei Begründung des Antrages hervorgehoben, es müsse bei der allgemeinen Finanznot dem Landesfürsten doch eigentlich nur erwidert sein, selbst nationale Opfer zu bringen und diese nicht nur vom Volk zu erwarten.

Die Arbeitslosen.

Schon im vorigen Winter hat man den Umfang der Arbeitslosigkeit festzustellen versucht. In diesem Winter hat man abermals gezählt. Die Gemeinden von Groß-Berlin fingen damit am 17. November v. J. an. Sie fanden insgesamt 40.124 Beschäftigungslose. Dieses Ergebnis übertraf durch seine niedrige Ziffer. Von sozialdemokratischer Seite wurde behauptet, daß die gefundene Arbeitslosigkeit niedrig sei, weil der Modus der Zählung viele Arbeitslose abgesehrt habe. Die Folge war, daß nun wieder die politische und gesellschaftlich organisierten Arbeiter Groß-Berlins auf eigene Faust eine Arbeitslosenzählung organisierten, die vom 12. bis 14. Februar stattfand. Im Gegenstand zum städtischen Meldesystem war hier das Haus-zählungssystem angewandt worden. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen luden die Arbeitslosen in ihren Wohnungen auf. Selbstverständlich kamen dabei zu viel höheren Ergebnissen, als sie beim Meldesystem erzielt worden waren.

Es wurden nach dem „B. T.“ in den letzten Tagen der vorigen Woche rund 101.300 Arbeitslose in Groß-Berlin gezählt. Das sind 60.000 Arbeitslose mehr, als im November von den Gemeinden gezählt wurden.

Gesamtverhältnisse lassen sich die Ergebnisse beider Zählungen nicht ohne weiteres vergleichen. Es gibt sehr viele Arbeitslose, besonders solche weiblichen Geschlechts, die sich in den Schulokalen nicht melden, teils aus Anstand, teils aus anderen Gründen. Ebenso besteht aber keine Garantie dafür, daß die Ziffern der Hauszählung den Umfang der Arbeitslosigkeit nicht viel zu hoch erheben lassen. Es gibt eben in einer Kleinstadt wie Berlin mit seinen Vororten nicht hoch Arbeitslose, sondern auch Arbeitslose. Sie hüten sich, ihre Karten vorzulassen, um als Arbeitslose registriert zu werden, aber sie lassen sich gern mitführen, wenn der Jäger in ihre Wohnstube kommt. Vielleicht kommt man der tatsächlichen Arbeitslosigkeit am nächsten, wenn man den Durchschnitt zwischen der städtischen Zählung und der Zählung durch die Arbeiterorganisationen zieht. Danach würde die Zahl der wirklichen Arbeitslosen — also berichtigten Personen, die arbeitsfähig sind, aber keine Arbeit finden können — auf 70.000 für Groß-Berlin zu berechnen sein — eine erschreckend hohe Ziffer, die deutlicher als alles andere von der Not der Zeit spricht!

Gegen die Vertenerung des Telephons.

Die allgemeine Entrüstung über die Erhöhung der Fernsprechgibühren teilt auch die „Rdn. Zeitung“. ... Wenn es auch ein Unbehagen ist, daß die augenblickliche Gebührenterhöhung die viel Spracchen auf Kosten der wenig Spracchen ungerecht bevorzugt, so bringen die Vor schläge der „Rdn. Zeitung“ und der Berliner Arbeiterorganisationen eine Begründung der Gebührenterhöhung ein. Sie wollen den Grund der Gebührenterhöhung einsehen. Sie behaupten ist auch dort, wo es gilt, den Städten zugunsten des flachen Landes etwas abzunehmen, bei der Aufhebung der Nachtgebühren; sie vernachlässigen ihn aber sofort wieder bei der Festlegung der Gebühren zu Ungunsten der großen Städte. Dem Grund der Gebührenterhöhung und Gegenleistung entspricht die Staffelung der Grundgebühr durchaus nicht. Die Gegenleistung der Verwaltung ist überall dieselbe, die Überladung des Apparates und die Instandhaltung der Leitung; die großen Teilnehmerneben sind nur ein sichtbarer Vorzug, denn in der Regel haben auch die Betriebe in den großen Städten

nur einen bestimmten Kreis von Teilnehmern, mit dem sie sprechen. Ebenfalls eine Härte gegen die großen Betriebe ist die Bestimmung, daß die an sich wünschenswerten Anschlüsse, die bei mehr als 10 000 Geschäften zur Pflicht gemacht werden, immer wieder die Zahlung der gleichen und nicht einer abgelagerten Summe fordern. Die Vorlage ist aber geradezu Verfahrungsfeindlich; sie erzwingt ebenfalls an das schlagelagene Projekt der Fahrkartensteuer; auch in ihren Wirkungen auf die Einnahmen der Verwaltung könnte sie ähnliche Enttäuschungen verursachen."

Austritt aus der katholischen Kirche.

Nach der „Schlesischen Zeitung“ ist am Sonntag Graf Karl Anna v. Oppersdorff auf Altmaiersdorf in Breslau zur evangelischen Kirche übergetreten.

Englische Straßenbenennungen.

Der Berliner Magistrat hat beim Landesherren um die Genehmigung gebeten, im Nordosten des Weddingviertels, in der Nähe des Wikow-Krankenhaus, entsprechend der geographischen Orientierung, fünf neue Straßen mit Benennungen zu versehen, die auf G o t t r i c h t a n n i e n und T r a n d Bezug nehmen: Londoner Straße, Einburger Straße, Dubliner Straße, Liverpooler Straße und Glasgower Straße. — Sehr geschmackvoll und praktisch kann man diese Ertzung kaum finden.

Das „Tarifreform-Prinzip“ in England.

Als einen Triumph des Tarifreform-Prinzip in England feiert der Londoner „Standard“ die Gründung der ersten, einer ausmächtigen Firma gebührenden Fabrik, die sich infolge des neuen Patentgesetzes in England etabliert hat. Es ist eine deutsche Firma, die in Benzance Werke zur Herstellung gewisser Konfektions-Spezialitäten errichtet hat und seit gestern dort mehrere hundert Personen, hauptsächlich Engländer, beschäftigt. Der „Standard“ nennt das ein „historisches Ereignis“.

Partei Nachrichten.

— Aus Dresden wird gemeldet: Die National-Liberalen stellen für die Landtagswahlen in Dresden und in Chemnitz je zwei nationale Arbeiter auf. Die Konventionen unterziehen im 24. Landtrasse den Kandidaten des Evangelischen Arbeitervereins.

Deutscher Reichstag.

208. Sitzung am Dienstag, den 16. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Schulz, v. Bethmann-Hollweg, Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Der Etat des Reichseisenbahnamts.

Die Beratung wird fortgesetzt.

Abg. Stolte (Soz.):

Das Reichseisenbahnamt hat seine Pflichten nicht völlig erfüllt. Nach immer werden die Unterbeamten um ihren Vorgesetzten in einer Weise behandelt, die ich bei der Kaiserin nicht einmündlich. (Hört! hört! links.) Wenn der Präsident des Amtes den Erlaß des Königer Eisenbahndirektionspräsidenten, dieser spricht jene Bemerkung darüber, daß Unterbeamte in O G e r i e wiederholt Betriebs-Unregelmäßigkeiten zur Sprache bringen, die den höheren Stellen nicht gemeldet worden sind. Weiz der Präsident, warum die Unterregelmäßigkeiten nicht gemeldet werden? Weil die Leute es nicht wagen, weil sie fürcht vor den Vorgesetzten haben. Die Betriebsunfälle sind infolgedessen wieder gewachsen, und zwar kommen auf 100 Kilometer durchfahrte Betriebsstrecke 7,24 Unfälle. (Hört! hört! links.) Man überläßt die Beamten mit 12, ja 14 Stunden Arbeitszeit. Die Verwaltung rechnet es sich logar als Verdienst an, daß kein Beamter mehr als 16 Stunden hintereinander beschäftigt wird. Kann man sich da wundern, wenn Unfälle, selbst auf freier Strecke vorzukommen?

Präsident des Reichseisenbahnamts Schulz:

Der Erlaß der Königer Eisenbahndirektion ist mir nicht völlig genau erinnerlich. Jedenfalls habe ich die Sache keine weitere Bedeutung beilegt. Ich will nur darauf hinweisen, daß für die Beamten gewisse Geschäftsregeln bestehen, durch die sie verpflichtet werden, alle Unregelmäßigkeiten und Mängel, die ihnen beim Betriebe ausfallen, sofort zu melden oder die Meldung weiterzugeben. Das ist das Wesentliche. Es geht daraus hervor, daß die Verwaltung dringend wünscht, daß alle Betriebsmängel auf dem schnellsten Wege zur Kenntnis der vorgesetzten Behörden gebracht werden. Die Verwaltung ist bemüht, die Gefahren für die Beamten in jeder Weise zu vermindern. Die Wagen mit offenen Bremsen werden immer mehr aus dem Betriebe ausgegliedert. Es wird überhaupt kein solcher Wagen mehr neu in den Betrieb eingestellt. Von 104 000 Bremswagen auf den deutschen Bahnen fahren nur noch 16 000 mit offenen Bremsen. Auch die werden hoffentlich bald verschwinden. Die Betriebsleistung ist auch im letzten Jahre wieder gewachsen. Einige Zahlen können das beweisen. Wir haben in diesem Jahre 10 günstige Zahlen aufzuweisen wie im laufenden Jahre. Wenn man die Entgleisungen und Zusammenstöße und Beschädigungen an den Eisenbahnwagen in den Jahren 1881 bis 1888 auf 10 Millionen Betriebskilometer 33 Zusammenstöße und Entgleisungen kamen, in den letzten Jahren nur 10,8. Die Zahl dieser Unfälle ist also auf ein Drittel der ursprünglichen Zahl zurückgegangen. Auch die Zahl der Unfälle, auf derselben Grundlage berechnet, die den Eisenbahnbeamten zuzugewiesen, ist von 44 in den Jahren 1806 bis 1900 auf 34 in der Zeit von 1903 bis 1907 zurückgegangen. Das ist ein erheblicher Rückgang. Die Dienstzeit der Beamten wird nach Möglichkeit beschränkt. Auch in dieser Beziehung sind die Verhältnisse günstiger geworden. Jedenfalls geschieht alles, um die Sicherheit zu erhöhen. (Beifall.)

Abg. Schroder (fr. Pp.):

Die Wirksamkeit des Reichseisenbahnamts wird durch die mangelnde Kompetenz erheblich erschwert. Der Reichstag sollte sich auch einmal darüber informieren, welche Arbeiten das Amt denn hauptsächlich zu verrichten hat. Vielleicht stellt sich dann die Möglichkeit heraus, des Personal erheblich zu verringern. Es ist nicht durchaus nötig, achtstündige Arbeitstage für alle Beamten zu fordern. Herr Erzbischof vertritt dabei die Hauptfrage. Es kommt nicht darauf an, wie lange ein Beamter arbeitet, sondern wie er arbeitet. (Sehr richtig!) Das Reichseisenbahnamt ist gegründet worden, um die seinerzeit hochgespannten Anforderungen des Reiches hinsichtlich des Verkehrs auf den Privatbahnen, die es zu bewirtschaften hatte, durchzuführen. Es hat dabei auch die hauptsächlichsten Bahnen verstaatlicht

wurden, wurde die Tätigkeit des Reichseisenbahnamts erheblich eingeschränkt. Die Aufsichtsbefugnis ist ihm zwar geblieben, aber es kann keine direkten Entschädigungen und Anordnungen treffen. Es fehlt ihm an dem nötigen Nachdruck, um seine Wünsche durchzusetzen. Besonders die preußische Eisenbahnerverwaltung scheint hindern im Wege zu stehen. Nun ist die Frage angefallen worden, ob wir nicht das Reichseisenbahnamt überhaupt entbehren können. Gewiß, wir könnten keine Befugnisse selbst auf ein anderes Amt übertragen. Aber ich würde das nicht raten, denn wir schränken damit die Reichsverwaltung ein und gestehen zugleich ein, daß die Verorganen der Reichsverwaltung, die von der Aufsicht über das Eisenbahnwesen handeln, nahezu hinfallen geworden sind. Das wollen wir aber als deutscher Reichstag nicht tun. (Beifall links.)

Präsident des Reichseisenbahnamts Schulz:

Ich kann nur erklären, daß, solange ich im Amt bin, die Beziehungen des Reichseisenbahnamts zur preussischen Eisenbahnverwaltung stets die denkbar besten waren.

Abg. Gans Oberz zu Puffig (konf.):

Die heftigen Angriffe, die der Abg. Erzbischof gestern gegen das Reichseisenbahnamt gerichtet hat, möchte ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen und gleichzeitig erklären, daß meine politischen Freunde die vorliegende Resolution ablehnen, weil sie so gut wie keinen Inhalt hat. (Sehr richtig!) Wir könnten ebenso gut bei jedem anderen Etat eine betriebsmäßige Resolution annehmen. Der Ansicht, daß das Reichseisenbahnamt eine unzulässige Sache sei, kann ich mich nicht anschließen. Das Amt hat keine Aufgaben in der Reichsverwaltung und im Reichseisenbahngesetz, und diese Aufgaben werden heute ebenso gut wie früher. Die Angriffe des Abg. Erzbischof gegen die Tätigkeit der Beamten möchte ich nicht unüberprüften ins Land gehen lassen. (Sehr richtig!) Wir wünschen eine Überbrückung unserer Beamten, noch eine zu geringe Arbeitsleistung. Wir sind aber der Ansicht, daß wir die Einzelheiten nicht übersehen und daß wir den vorgesetzten Behörden selbst die Aufsicht über die Tätigkeit der Beamten überlassen müßten. (Sehr gut!) Jedenfalls bin ich überzeugt, daß der größte Teil unserer Beamtenleistung genügend arbeitet und überaus pflichttreu ist. (Beifall.) Den anerkannten Worten, die der Tätigkeit des Reichseisenbahnamts des Reichseisenbahnamts gesollt worden sind, kann ich mich nur durchaus anschließen. Und ich möchte wünschen, daß es mit der Initiative und Umsicht, mit der er sein Amt vertritt, noch lange an der Spitze derselben bleiben möge. (Vehementen Beifall.)

Abg. Dohren (fr. Pp.):

hebt als Referent hervor, daß die Zahl der vortragenden Räte im Reichseisenbahnamt erst in den letzten Jahren noch vermehrt worden ist.

Präsident Schulz:

Das ist nur bedingt richtig. Früher waren im Amt 7 vortragende Räte und zwei Hilfsarbeiter. Da die Hilfsarbeiter schwer zu erlangen waren, wurde daher ein neuer Rat, der achte, eingestellt.

Abg. Carlsons (fr. Pp.):

Das Reichseisenbahnamt hat die Pflicht, diejenige Stellung einzunehmen, die ihm nach der Verfassung zukommt. Wenn im Schwierigkeiten gemacht werden, so sollen diejenigen die Verantwortung für die bestehenden Mängel übernehmen, die ihm Widerstand entgegenstellen. (Sehr richtig!) Das Amt muß doch auch auf die Lohnverhältnisse Rücksicht haben, wenn die Betriebsunregelmäßigkeiten damit zusammenhängen. Es sollte auch für ausreichendes Material gesorgt werden. In A l t o n a kommen leider alle Sonntage an Stelle von Personalwagen Wehagen zur Verwendung. In Elmshorn liegen auf dem Bahnhof die Verhältnisse so schlimm, daß täglich eine Katastrophe stattfinden kann.

Präsident Dr. Schulz:

Die preussische Verwaltung hat den Umbau des Bahnhofes in Aussicht genommen.

Abg. Storz (deutsche Pp.):

Der Präsident des Reichseisenbahnamts sollte etwas energischer sein besonders gegenüber dem Eisenbahnpartikularismus. Preußen und Bayern sind einig, und Württemberg wird dabei benachteiligt. Der Redner führt an der Hand des Karsbuden lebhaft Beschwerde über Umstellungen, Mangel an Schnellzügen, an direkten Wagen im Durchgangsbereich vor Norden nach dem Bodeensee. Die politischen Parteien sollten sich dieser Mißstände energisch annehmen und es nicht immer bloß bei Monologen der süddeutschen Abgeordneten belassen. Der Redner erneuert dann weiter die im vorigen Jahre von freisinnigen Abgeordneten erhobenen Klagen über die Bahnbesetzung.

Abg. Dr. Pfister (Ztr.):

Herr Redner steht in der Güterwagengemeinschaft nur eine Zwischenstation auf dem Wege zur deutschen Reichseisenbahngemeinschaft. Ich wünsche ja nicht, daß das Zügle engsteht, aber daß wir noch lange auf dieser Zwischenstation bleiben. Der Redner befreit eine Benachteiligung Württembergs. Man kann es Bayern nicht verdenken, wenn es beim Durchgangsbereich auch ein bißchen an seine eigenen großen Städte und an seine Sommerfrischen denkt. Herr Storz meint, er habe nicht als württembergischer Partikularist gesprochen, sondern als deutscher Mann; ja, das merke ich. (Heiterkeit.) Sie können ja in den Zeitungen die Schilderung lesen, wie auf der württembergischen Station Wangen die Reisenden um den Lokomotivführer herumstehen und zuzuhören, wie er von dem Heizer eingeleitet und barockt wird (Heiterkeit), und als sie ihn fragen, warum er nicht lieber in Hergah Holt mache, dann könnten doch die Reisenden, die von Lindau kommen, sich ein bißchen restaurieren, ba antwortet er: „Ja, Saugan's, die Reklaratorialis in Hergah Holt halt barockt!“ (Heiterkeit.) Der Redner erwähnt auch die neue württembergische Vorordnung und spricht im Zusammenhang damit von Schmiergeldern, die für die Finanzreform gezahlt seien.

Abg. Eschke (Soz.):

erörtert Eisenbahnfragen sonitär und sicherheitspolitischer Art. Er fordert eine bessere Bezahlung der Eisenbahnarbeiter und Unterbeamten.

Abg. Ulrich (Soz.):

Partikularistisch ist unser großer Bruder Preußen. Hoffentlich wird die Güterwagengemeinschaft zu einer Reichseisenbahngemeinschaft, damit endlich der preussisch-hessische Eisenbahnvertrag aufgehoben werden kann. (Präsident Graf Stolberg: Das Reichseisenbahnamt kann Ihre Wünsche nicht erfüllen.) Es soll uns aber helfen, den großen Bruder uns günstig zu stimmen. (Heiterkeit.) Wir haben in Hessen jede Bewegungsfreiheit verloren.

Württemberg-Bundesbeamthaltiger Ministerialrat Schlieffmann weist den Ausdruck „Schmiergelder“ scharf zurück. Das Postbattiment ist mit Rücksicht auf die Finanzreform zulassung bekommen.

Abg. Freiherr Hept zu Hertsheim (nl.):

Die große Mehrheit in Hessen zieht sich über das Abkommen mit Preußen. Bei einer Aenderung dieses Vertrages würden wir in Hessen sehr schlecht wegkommen. Unser Eisenbahnbudget ist die Grundlage unseres Staatsbudgets geworden. Die übrigen Staaten werden sehr froh, wenn sie solche Verträge mit Preußen hätten.

Abg. Freiherr v. Gump (Rp.): Nach diesen von großer Sachkenntnis zeugenden Vorlegungen verzichte ich aufs Wort.

Abg. Storz (deutsche Pp.):

erklärt auch seinerseits, die Kaiserliche Verankerung von Schmiergeld als eine Verletzung Württembergs. Wir freuen uns, daß diese Hesen so gute Erfahrungen mit dem preussisch-hessischen Vertrag machte. Jeder Staat könnte froh sein, wenn er einen solchen seinen Freunden nicht allerdings nichts an einem Ausbun des Verkehrs. Es kommt den Herren zu viel modernes Zeug ins Land (Wärm im Ztr.), aber die Enttäuschung können sie doch nicht aufhalten. (Beifall links, Wärm im Ztr.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Die Mehrheit des heiligen Volkes sieht nicht hinter Herrn von Penl. Die heilige Staatskasse erhält jährlich 400 000 Mark zu wenig. Von Preußen ist freilich keine Gerechtigkeit zu erwarten.

Abg. Dr. Pfister (Ztr.):

bedauert den ihm entfallenden Ausdruck. Es ist ihm nicht eingefallen, unsere lieben Nachbarn irgendwie beleidigen oder kränken zu wollen. Wir Bayern können uns hinsichtlich des Verkehrs mit allen Staaten messen, obgleich wir einen „schwarzen“ Verkehrsreferenten haben. (Heiterkeit.)

Abg. Storz (deutsche Pp.):

Wir hoffen, daß auch die Konventionen für die Reichseisenbahngemeinschaft eintreten werden; Preußens Interessen werden barunter nicht leiden.

Abg. Freiherr v. Hept (nl.):

Früher waren gerade die süddeutschen Bundesstaaten nicht für eine Reichseisenbahngemeinschaft. Die Nationalliberalen waren stets dafür. Wir in Hessen haben mit dem preussischen Vertrag ein glänzendes Geschäft gemacht. Preußen hat durchaus loyal gegen uns gehandelt. Ich kann den anderen Staaten nur raten, sich diesem Vertrag anzuschließen. (Beifall.)

Abg. Ulrich (Soz.):

Ich rate Ihnen als. (Heiterkeit.) Wir haben eine heftige Schuldwehrigkeit. Wir leben nur von unseren Schulden. (Heiterkeit.)

Abg. v. Stroßmann (konf.):

Preußen hat den Vertrag im Interesse der Allgemeinheit abgeschlossen, um einem bedenklichen Staate aus der finanziellen Salamität zu helfen.

Abg. Gans (nl.):

Wir haben von dem Verträge erhebliche Vorteile. Wir lösen in ihm auch den ersten Schritt zur Reichseisenbahngemeinschaft.

Der Etat wird erledigt, die Resolution angenommen.

Das Haus vertagt sich. Mittwoch 2 Uhr: Bankgesetz. Berber keine Vorlagen.

Schluß 7 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung am Dienstag, 16. Februar.

Am Ministertische: Deßbriick, v. Welzen.

Präsident v. Krüder eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Die Bergeschnovelle.

Erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die A b ä n d e r u n g des Allgemeinen Berggesetzes, in Verbindung damit Beratung der Anträge Dr. S a u m a n (Poel) betreffend die geheime Wahl der Anknappistatellen, die Einführung des Vertrauensmännern der Bergarbeiter und die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken; A r o n s o n (fr. Pp.) betr. die Einführung von Vertrauensmännern der Bergarbeiter und die reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts; J a n o u s s e (Ztr.) betr. die Mitwirkung der Bergarbeiter bei der Grubenkontrolle und die reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse; und K r a u f e - W a b e n b u r g (fr. Pp.) betr. die Verantwortlichkeit der Bergwerksbetriebsämter und Werksführer und die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Grubenkontrolle.

Handelsminister Deßbriick

leitet die Beratung ein. Der Entwurf bezieht die Neuregelung einer Anzahl von Fragen, die mit der Handhabung der Berggesetz, mit der Verwirklichung der Unfallversicherungsvorschriften und mit der Beringerung der Gefahren des Bergbaus mehr oder weniger in enger Beziehung stehen. Alle diese Fragen beschäftigen die öffentliche Meinung seit Jahrzehnten. Sie sind zum größten Teil abhört pruden. Dem äußeren Anlaß zu der Vorlage hat die Debatte über die Bahnbaukatastrophe gegeben. Meinem damaligen Vorschlägen hat sich die Staatsregierung einstimmig angegeschlossen. Sie hält eine reichsgesetzliche Regelung für unlässlich. Auf die Frage von Ralobd gehe ich nicht ein. Sie bedarf noch der gerechtfertigten Unterlegung. Der erste Teil des Entwurfs regelt die berggesetzliche Verantwortlichkeit der Betriebsbeamten. Die Betriebe sind so groß geworden, daß ein einzelner Mann für alle Einzelheiten die Verantwortlichkeit nicht mehr übernehmen kann. Neben dem Betriebsführer sollen daher für den Umfang ihres engeren Geschäftsbereichs auch die nachgeordneten Beamten verantwortlich gemacht werden. Weiter regelt der Entwurf das Verfahren über die Erstellung und Entziehung der Qualifikation. Es soll in jedem einzelnen Falle geprüft werden, ob der betreffende Beamte die technische und moralische Befähigung besitzt. Die Entschädigung liegt in der Hand des Bergvertriebsamtes. Gegen die Entschädigung gibt es den Beschwerdeweg an das Oberbergamt und dann den Rekurs an den Minister. Das Verfahren soll etwas möglichst rasch Entscheidung bringen. Der dritte Teil des Entwurfs regelt die privatrechtliche Stellung der technischen Bergarbeiter. Es schlägt sich in die Errichtung einer öffentlichen technischen Deputation für das Bergwesen. Der dritte Teil des Entwurfs regelt den Berufen und Befähigung der Arbeiter. Engeln, Frankreich und Belgien ziehen sich genauere Zeit die Arbeiter zur Grubenkontrolle hinzu, wenn auch in verschiedener Weise. Nachdem drei große europäische Kulturstaaten vorausgegangen waren, alenken auch wir unsere Aufmerksamkeit auf einen anderen Grubenkontrolle anstellen zu müssen. Dadurch ist das Institut der Sicherheitsmänner entstanden. Man hat gefragt, ob wir denn die Hälfte Ralobd so in die Götter gefahren ist, daß mit dadurch das klare Denken verloren gegangen ist. (Heiterkeit.) Ich habe mich aber überzeugt, wie jetzt jeder kleine technische Streik eines Betriebes in der Presse sofort übertrieben wird. Da müßte ich doch fragen: Gibt es keine Möglichkeit, solche Streitigkeiten aus der Welt zu schaffen, der Vergegenwärtigung vorzugeben. Wir haben die Stellung der Bergarbeiter materiel gehoben, vielleicht mehr, als unbedingt nötig war. Trotzdem haben wir nicht erreicht, was wir wollen: Besserung der Beziehungen und Abkehr von der Sozialdemokratie. Der Weg zum Bergen der Menschen geht aber nicht durch den Wagen. Die Ar

beiter stehen jetzt, alle Wohnstätten werden ihnen von der Sozialdemokratie besorgt. Nehmen Sie den Gehelentwurf an, so tun Sie ein sozialpolitisches Werk. Sie werden den Weg finden zur Seele unseres Volkes. (Lebhafte Beifall.)

Hg. Beuselt (Kon.):

Von den Arbeiterkreisen versprechen wir uns nicht viel. Bei der Beteiligung der Arbeiter an der Grundentlastung stehen wir vor einem Experiment von großer Tragweite. Der Redner beantragte Heberwegung der Vorlage und der Beiträge an eine Kommission von 21 Mitgliedern, bemerkt aber, daß keine Partei die Vorlage auf sozialdemokratische Regelung der Materie zu vereinbaren undweg abliege. (Beifall rechts.)

Hg. Imbusch (Ztr.):

Die sozialdemokratische Kritik der Vorlage ist unbegründet, innerlich unaufrichtig und mehr als annehmlich im Ton. Die Vorlage ist ein Fortschritt, wir werden versuchen, sie in der Kommission noch zu verbessern. Wir halten auch angehängt dieser Vorlage an der Förderung sozialgesetzlicher Regelung der Bergangehörigen fest. (Beifall im Ztr.)

Hg. Weimer (Soj.):

Die Vorlage findet durchaus nicht den Beifall der Bergarbeiter. Man jagt zwar, die Wahrheit liege in der Mitte, aber hier trifft das nicht zu. Die Vorlage ist nach dem Rezept gemacht: Wechselt man die Vorlage, aber man mischt nicht nach! Im Vergessen herrscht der Kapitalistenkult, der mächtig ist auch gegenüber der Regierung. Wenn der Handelsminister reden wollte, er könnte uns erzählen, wie die Kapitalisten mit ihm umspringen. (Hört! Hört! bei den Soj.) Nicht die Humanität, sondern die Gerechtigkeit vor der Sozialdemokratie hat diesen Gehelentwurf vorkommen. Das Zentrum tritt hier gegen die Interessen der christlichen Bergarbeiter für den Gehelentwurf ein. (Widerpruch im Ztr.) Das Zentrum stellt keine Forderungen immer so auf, daß es nach ein Loch hat, durch das es wie ein Steinläufer durchschlüpfen kann. (Lachen im Ztr.) Selbst ein Flugblatt der christlichen Bergarbeiter sagt: „Wer noch etwas vom preussischen Absolutismus erwartet, ist unheilbar verrückt. (Lachen.)“ Die Worte sind genug gemeint (Lebhaft Zustimmung) — mag das Abgeordnetenhaus endlich raten zeigen: sonst droht ein Sturm der Bergarbeiter los! (Rufe: Du! Du!)

Hg. Dr. Friedberg (St.):

Der Wortredner hat manches Beachtenswerte gesagt; dafür ist aber die Kommission der geeignete Ort. Vom psychologischen Standpunkt können wir es verstehen, daß die Arbeiter in der Bergwerkbetriebe, wo es sich um ihr Leben handelt, an der Kontrolle teilnehmen wollen. Doch ein jeder Bedenken stehen wir dem Entwurf freundlich gegenüber. Herr Weimer meint, wir wollten neue Katastrophen herbeiheranzen, wenn wir die Forderungen der Sozialdemokratie nicht erfüllten. Das ist eine ungehörige Verächtlichkeit dieses Hauses, daß es sich nicht lohnt, darüber sich aufzuregen. Da weiß es nur: Niedriger hängen! (Lebhaft Zustimmung.) Was Herr Weimer über den Einfluß des Kapitalismus auf die Sicherheit im Bergbau sagt, ist gar bezuglos unfernig. Der Sicherheitsmann muß verpflichtet werden, nicht nur Verletzungen der Berufsverwaltung zu melden, sondern auch solche der Arbeiter. Ueber die Frage, ob sozialgesetzliche oder landesgesetzliche Regelung der Materie, will ich heute nicht treten. Für die landesgesetzliche Regelung spricht in erster Linie, daß den Einzelstaaten damit ein Solid Sozialpolitik bleibt. Offenlich wird der Entwurf dazu beitragen, einen der wichtigsten Zweige unserer nationalen Produktion und unseres Erwerbslebens zu fördern, zu führen und zu führen. (Lebhaft Beifall.)

Hg. v. Moyna (St.):

Nach meine Freunde sehen der Vorlage freundlich gegenüber. Wir müssen aber dafür sorgen, daß die Stellung der Betriebsämtern, namentlich der Steiger, nicht gefährdet und daß die Sicherheitsricht nicht etwa in das sozialdemokratische Jahrawasser gedrängt wird. (Zustimmung.) Die Bestimmungen über die Arbeiterkontrollen sind zu detailliert abgefaßt. Wir hätten da eine größere latitude gewünscht. Einem Streit muß die Regierung voranzutreiben vorzugeben, vielleicht am wirksamsten dadurch, daß mit Hilfe des Kohlenpulsifits große Kohlenreserven in allen Teilen Deutschlands eingerichted werden. Wir hoffen, daß in der Kommission die Vorlage so gestaltet wird, daß sie unserem Vaterlande zum Segen gereicht.

Hg. Dr. Cullger (St. Rp.):

Mit den bisherigen Berggesetzen ist immer nur halbe Arbeit gemacht worden. Für uns ist die Stellungnahme zur Vorlage nicht ganz leicht. Wir halten an unserer Forderung nach einer sozialgesetzlichen Regelung des Bergwesens fest. Der letzte Bergarbeiterkongreß hat keine sozialdemokratische Veranstaltung gehabt, da die Regierung da nicht vertreten war, sie hätte nur gemeint können. An Resolutionen ist in Breunja ja kein Mangel; irgendwas soll so viel revidiert als bei uns. (Sehr richtig!) Er fragt sich nun, ob die Resolutions sagemäßig sind. Der Kohlenbergbau hat seine Eigenart, weil es sich dabei um Leben und Sicherheit von Hundertausenden handelt. Wichtige Einzelheiten für die Sicherheit der Arbeiter ist die Pflicht der Bergwerksbesitzer. Die Vorlage zeigt ja großes Vertrauen zu den Arbeitereinschüssen und den Sicherheitsmännern, also zur Arbeiterpflicht. Warum sollen aber die Gruben nur einmal monatlich und nur in Begleitung von Grubenbeamten befragt werden? Das ist kleinliches Mißtrauen. Warum legt man dem Sicherheitsmann sonstigen den Schutzmann vor die Nase? (Sehr richtig links.) Dem Sicherheitsmann muß weitgehender Schutz gegen Entlassung gegeben werden. Sie sollten nicht im Dienste des Bergwerks, sondern im Staatsdienst stehen. Den Vorwurf, daß jedes Eingehen auf die Forderungen der Bergarbeiter eine Verbeugung vor der Sozialdemokratie sei, weise ich zurück. Sie begreifen alle reaktionären Maßnahmen mit Jubel, weil sie dadurch Agitationsstoff erhält. Namentlich bleibt die Regelung der untreulich unnotatischen schwarzen Listen. Auch die Frage der Reorganisierung der Bergbehörde wird in der Kommission zu prüfen sein. (Beifall links.)

Sandelsmüßter Vorbericht:

Die Frage der schwarzen Listen ist in der Kommission zu diskutieren. Wenn Dr. Cullger die Reorganisation der Bergbehörde in diese Vorlage hineinziehen will, so bin ich gern bereit, ihm als den Würdigeren meinen Platz einzuräumen. (Heiterkeit.) Es ist unaufrichtig, daß ich von den Bergbetreibern abhängig sei, ist bin von niemandem abhängig. (Beifall.) Wir haben als altpreussische Beamte nicht das Interesse eines Standes, sondern der Gesamtheit zu berücksichtigen. Die unmittelbare und ständige Fortsetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist das A und O der neuen Vorlage. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Mittwoch, 1 Uhr: Fortsetzung und Bergetat. Schluß 5 Uhr.

Die national-liberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat folgenden Initiativantrag eingebracht: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, zur Hebung der

jüngsten Hochwassererschäden, soweit es nach der wirtschaftlichen Lage der Betroffenen von diesen nicht getragen werden können, Staatsmittel durch Gewährung nicht rückzahlbarer Unterstützungen oder günstiger Darlehen bereitzustellen.

Ausland.

Kriegsbereitschaft der Donaumonitore.

Wie die ungarischen Blätter melden, wurden das Offizierskorps und die Mannschaft der Donaumonitore auf den Kriegszustand gebracht. Für die nächsten Tage werden aus Pola Offiziere und Matrosen erwartet. Die Monitore haben sich in Bereitschaft zu halten, daß sie jederzeit innerhalb vier Stunden zur Abfahrt bereit sind.

Rußisches.

Im Monat Januar haben in Rußland 100 Hinrichtungen stattgefunden, darunter in Katalinopol allein 30. Die Zahl der Todesurteile wächst fortwährend. — Im Moskauer Postamt wurden Unterschlagungen in Höhe von angeblich 1000 Rubel entdeckt, in Wirklichkeit aber handelt es sich offenbar um weit höhere Beträge.

Halle und Umgebung.

Halle a. S. 17. Februar.

Lehrer-Millions-Konferenz in der Provinz Sachsen.

Im Anschluß an die hier in Halle tagende Millionskonferenz der Provinz Sachsen fand heute nachmittags 3 Uhr im allgemeinen Versammlungssaal der Französischen Stiftungen eine Lehrer-Millions-Konferenz statt.

Zweck der Konferenz ist die heranwachsende Jugend mit lebendiger Missionstheorie auszurüsten und mit fester Missionstheorie zu erfüllen. Zur Mitarbeit an diesem Werke ruft sie speziell die Lehrer und Lehrerinnen der Schulen aller Grade zu gewinnen.

Zur Erreichung dieses Zweckes will sie erstens dahin wirken, daß im Sinne eines Unterrichtsprinzips ein Missionsunterricht in der Lehrplan der Schule in der Weise eingeordnet werde, daß an geeigneten Stellen in den religiösen, in den ethischen und weltkundlichen Unterrichtsstunden und im Anschluß an das Lehrbuch (sonst die Begründung der Missionspflicht) wie die Mitteilung missionsgesellschaftlicher Stoffe einen gesicherten Platz finden; zweitens will sie in ihren Jahres- und sonstigen Versammlungen durch Behandlung von Schulmissionsreisen wie von Gegenständen aus der geographischen und theoretischen Missionskunde, auch durch Bekanntmachung mit guter Missionsliteratur den Lehrenden Anregung und Begeisterung geben, durch Wort und Tat das Werk der Mission in ihren Kreisen zu fördern.

Nach dem gemeinsamen Gesänge des Liedes „Was auf dem Geist der ersten Jugend!“ und einem kurzen Gebete hielt Herr Professor W a r n e r eine von aller Begeisterung für die Missionsfrage getragene Rede, in welcher er den wichtigsten Zusammenhänge zwischen den Französischen Stiftungen und der Heimmissionsbewegung darlegte, daß die Mission ein Bildungs- und Erziehungsmittel von außerordentlich weltgesellschaftlicher Bedeutung, eine nationale Ehrensache und christliche Pflicht ist. Mit den darauf verlesenen Schenkungen und der Wohlthat erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Nun ergriß Herr Geheimrat Prof. Dr. Dr. F r i e s, der Direktor der Französischen Stiftungen, das Wort. Er begrüßte mit herzlichen Worten die städtische Versammlung, die den großen Versammlungssaal bis auf den letzten Platz füllte. Hinweisend auf die Bilder und Erzählungen an den Wänden, betonte er, daß es allzeit eine wichtige und vornehmste Aufgabe der Hochschule Franco gewesen sei, das von diesem mit so großem Erfolge betriebene Missionswerk zu pflegen und zu fördern.

Der Vertreter des Lehrermillionsbundes dankte der Leitung der Missionskonferenz für die viele Mühe und gab einen Ueberblick über die Missionsstätigkeit in England und Deutschland. Hier werden jährlich etwa 6 Millionen Mark, dort etwa 30 Millionen für die Mission aufgebracht. Hier sprach Herr Rektor H e m p r i c h, Naumburg, über die Mission in Deutschland unter christlichen Verhältnissen. Die Erziehungsschule fragt nicht nur nach dem, was uns die Kolonien einbringen, sondern auch danach, was wir den Kolonien schenken. Nicht der Wille des Einzelindividuum und des Reichsdenkwissens erwacht Interesse an der Mission in den Kolonien; es müssen aufsaugende und lebensvolle Bilder aus dem Leben bedeutender Missionare geboten werden. Das Kind muß im Geiste mit dem Missionar hinausziehen unter die Felsen; es muß die Schwerterigkeiten sehen, die sich dem Missionar entgegenstellen; es muß seine Schriften selbst lesen. Der ganze Unterricht in der Bibl. muß im letzten Schuljahr Missionsunterricht sein. Nachdem noch verschiedene Redner wertvolle Anregungen boten, schloß die Konferenz um 5 Uhr mit Gesang.

Hesiger Schneefall

trat am gestrigen Abend hier wiederholt ein und zauberte rasch von neuem das festende Bild einer Winterlandschaft hervor. Reicher Schneefall wird aus dem Harz und aus Thüringen berichtet. Uns liegen von gestern abend 1 1/2 Uhr folgende Telegramme vor:

Harzburg, Schneefall. — 5 Gr. — N. D. 60—70 Zentimeter Schneedecke. Graupfellschnee. Oberhof, Schneefall. — 4 Gr. Nordwind. Schneedecke 1 Meter.

Zur Umgestaltung der Reifeprüfung

erfährt die Köln. Ztg. noch, daß sich die Reform auch auf die Ersetzung der in der schriftlichen Prüfung üblichen Uebersetzung aus dem Deutschen in das Lateinische durch eine solche aus dem Lateinischen ins Deutsche erstrecken. (Das wäre wieder eine wesentliche Erleichterung.)

Im Stadttheater ging gestern abend erkrankt. Die fremde Frau von Biston in Scene, ein Schauspiel, das auf jeden europäischen Bühnen, z. B. in Paris, sehr oft und in Berlin vorzuführen zum 25. Male mit großem Erfolge gegeben wurde. Das Stück behandelt eine tragische Ehrentugend.

deren Folgen viel trauriger sind, als es aus gleicheladender Bedeutung erschodert hätte. Zwar spricht die trübige Zukunft ein unglückliches Weib von hübscher Größe und arger Heide frei, aber die Remedia, die über jedem Menschen einmal im Leben kommt, hat diese vertriebene Frau des harten Staatsanwalts Jahre hindurch so mitgenommen, daß sie die große Freude, freigegeben und mit Gatten und Sohn wieder vereint zu sein, nicht mehr zu ertragen imstande ist. Ein Herzschlag macht ihrem trübsinnigen und doch zuletzt tröstlichen Leben ein Ende. — Von den Darstellern zeichnete sich Hr. K r o n o durch gewaltige Gestaltungskraft und eine feine Charakteristik der Wirkungen von Seelenzuständen aus. Sie erntete verdienstlich hülfreichen Beifall, der besonders am Ende des letzten Aktes sich zu spontanen Jubelstößen steigerte. — Das Haus war gut besucht.

Der königliche Kronorden ist Herr Oberbauassistenten a. D. Friedrich K n o s e h, hier, bisher in Biensburg, verliehen.

Der V. kommunale Bezirksverein Halle hat seine Monatsversammlung am Donnerstag abend 8 1/2 Uhr in Wilkes Restaurant, Wilhelmstraße 43. Die Tagesordnung lautet: 1. Kirchensteuer-Angelegenheit. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Kommunale Fragen. Es wird im Besonderen gebeten, daß die Herren, die in Zukunft an die Saalezeitung zum Thema Kirchensteuer Stellung genommen haben, sich freundlich an der Versammlung beteiligen.

Der Verein deutscher Militärärzte hielt umfänglich seine Monatsversammlung ab, in der ein erfreulicher Zugang an Mitgliedern zu verzeichnen war. Einen Breiten Raum nahm die Beratung der Anträge zum Bundes- und Vorstande ein. Wobei dann wurde der Stand der Befolgungsarbeiten getreift, wobei der derzeit zwischen den Eisenbahn- und Postbeamten geführte Interessenstreit Erwähnung fand. In der Uebersetzung, daß bei der Eisenbahn wie bei der Post nicht die momentane Arbeitsleistung des Einzelnen als Gradmesser der Leistungen und Fähigkeiten (sonst des Einzelnen als der Gesamtheit) bilden kann, wurde ermahnt, mit Vorsicht und Verständnis dahin zu wirken, daß der Streit, wenigstens soweit die Kameraden in Betracht kommen, sich in Grenzen bewegt, die die Interessen des Bundes nicht gefährden. Der Bund und die Organe des Bundes dürfen unter keinen Umständen hier Partei ergreifen. Gerade jetzt sei das feste und treue Zusammenhalten aller Kameraden notwendig, wenn der Bund im Interesse aller Militärärzte erfolgreich wirken soll.

Der Christl. Verein Junger Mädchen hat ausnahmsweise diese Woche seinen Vereinsabend nicht wie gewöhnlich am Mittwoch, sondern erst am Donnerstag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Stadtmissionshauses Weidenplan 5. Herr Missionsinspektor Pastor T r i e b e l ist aus Bethel bei Bielefeld wieder aus der Arbeit erzählten. Frauen und junge Mädchen jeden Standes und Alters sind herzlich willkommen.

Provinzial-Nachrichten.

Melanchthons Wohnhaus.

Wittenberg, 16. Febr. Zur Feier von Melanchthons Geburtstag wurde heute die Gebertstraße am Wohn- und Sterbehause des Reformators bekränzt.

Im August 1518 folgte Melanchthon dem Rufe Friedrichs des Weilen als Lehrer an die Universität Wittenberg, und traf, von Übungen kommend, in unserer Stadt ein. Am 29. August hielt der junge 24jährige Magister seine aufsehenerregende Antrittsrede, die ihm sofort das Herz Martin Luthers gewann. Am Spätherbst 1520 verheiratete sich Melanchthon auf Luthers bringenden Rat mit Katharina Kraup, der Tochter des Wittenberger Bürgermeisters Hans Kraup. Aber erst im Jahre 1541 bezog er das Haus in der Collegienstraße Nr. 60.

Witterungsbericht vom Broden.

Am Sonntag vormittag hatten wir einen prächtigen Wintertag, dabei herrschte Windstille, klarer Sonnenschein und großartige Feuchte bei 10 Grad Kälte. Man konnte deutlich auf 40 und 50 Kilometer die umliegenden Ostfalten sehen. So waren am Sonnabend und Sonntag ungefähr 600 Touristen hier, Fußgänger als auch Schneeschuhläufer. Heute dichter Nebel, Nebelsturm und Schneestreiben bei 5 Grad Kälte. Das Barometer fällt langsam weiter, die Temperatur steigt und weitere Schneefälle zu erwarten. Am 11 Uhr vormittags Barometerstand 657 Millimeter, Temperatur 4,5 Grad C., Nebel, Sturm, Windstärke 7.

Luftmord.

Quebelsburg, 16. Febr. Gestern morgen gegen 5 Uhr wurde hier eine Luftmorde ermordet. Es liegt Luftmord vor. Der Täter ist 20—22 Jahre alt, 1,70 Meter groß, schlank Figur. Er hat feines, rundes Gesicht ohne Bart und vorstehende rollende Augen. Er war bekleidet mit braunem Ueberzieher und schwarzem fetzen Hut.

Sieben Kinder ertrunken.

Braunschw. 16. Febr. In Osterwieß brachen zwei Knaben beim Schlittschuhlaufen ein, zwei andere, die sie retten wollten, hatten daselbe Schicksal. Alle vier ertranken.

Duisburg, 16. Febr. Im benachbarten Bruchhausen sind vier Kinder beim Schlittschuhlaufen erdrückt. Nur das kleinste, das erst vier Jahre alt war, konnte gerettet werden.

Rien (Lügen), 14. Febr. (Diebstahl.) Hier brachen Diebe in das Geschäft des Rittersgutgegners ein und entwendeten 108 Mark. Schränte, Kommoden usw. waren durchwühlt.

2. Jan. 15. Febr. (Der vergebliche Jagdführer.) Am Sonnabend ist der D-Jug 8.17 vom Saalbauhof ohne Jagdführer abgegangen, der in einer lebhaften Auseinandersetzung mit jemand begriffen, das Aufsichtsgesetz übersehen hatte und seinen schlechten Streck bekam, als er wahrnahm, wie sein Zug ins Weite dampfte.

Kapitän a. D. Berger vor Gericht.

Berlin, 16. Febr.

Nach Eröffnung des zwanzigen Sitzung durch Landgerichtsdirektor Rene Kalle nachschon Dr. B o n e r e i n namens der Verteidigung noch mehrere Reizeinträge.

Erster Staatsanwalt Dr. Sagemann kommt noch kurz auf einen Vorfall zurück, der in die Zeit des Kommandos des Angeklagten Berger auf dem „Geler“ fällt. Der Staatsanwalt fragt, ob es wahr sei, daß einige Tage vor einer angelegten Uebung zum feindlichen Kohlennehmen und zum Wettranden der Angeklagte Berger, der auf einen Erfolg mit seinen misgerathenen Mannschaften nicht rechnen konnte, absolut unzuverlässige

Manuskripten besitzt, habe nur im am Tage des Verbrüdens am abzuhandeln. Einige der Zeile sollen am Tage nach dem Verbrüden die Kapsel wieder verloren haben. — Angelflag Berger betreibt entschiedener in dieser Hinsicht enthaltenden Tatsachen.
Als Zeuge wird hierzu:

Kapitän von See v. Kroß

vernommen, der in den Jahren 1902 bis 1906 Abteilungsleiter des Kabinetts v. Senden und v. Müller war. Der Zeuge erkennt sich, daß ihm der Kapitän v. Dombrowski mündlich oder schriftlich etwas davon mitgeteilt habe, daß Kapitän Berger wegen einer Privatverhältnisse, die er (Dombrowski) mit Admiral Schmidt hatte, in Differenzen mit dem Admiral getreten sei. Dombrowski teilte folgendes mit: Gelegentlich einer Besichtigung auf dem Schiff „Brin Heintich“ habe er mit dem Admiral Schmidt eine private Unterredung gehabt, die sich über die Befähigung verhandelte. Dabei habe er ganz privatim dem Admiral Schmidt gesprochen, daß die früher übernommenen unangenehm Dinge auf dem „Brin Heintich“, die zur Ablösung des Kommandanten geführt hätten, hätten vielleicht doch schon unter dem Vorgänger des abgedienst Offiziers Platz gegreiffen haben. Admiral Schmidt habe auf Grund dieses privaten Gesprächs Kapitän Berger zu einem mündlichen Bericht aufgefordert. Berger habe darauf zunächst an Dombrowski geschrieben, ob er denn dem Admiral Schmidt jene Mitteilung gemacht habe, und v. D. habe dies mit der Fügung bejaht, daß er nicht habe vorzusehen können, daß eine solche private, geschwehweise gemachte Bemerkung eine dienstliche Folge haben könnte. Auf Befragen der Verteidigung bezeugt der Zeuge, daß der Kapitän Schürmer ihm einmal geschrieben habe: er sehe unter dem Eindruck, daß Berger

zu Ertrag von Admiral Schmidt

behandelt werde. Tatsachen waren zur Begründung dieser Meinung nicht beigefügt. Der Zeuge glaubt, daß er im großen und ganzen von diesem Schreiben des Kapitän Schürmer Ertrag von v. Senden-Viertel Mitteilung gemacht habe.
Staatsanwalt Tolli: Erinnern Sie sich, daß Mitte Dezember 1907 Exzellenz v. Müller an Sie einen Brief geschrieben hat, in dem er Sie ersucht, falls es Ihnen Anstehen entspräche, an den Angeklagten Berger zu schreiben und ihn aufzufragen, die Akten des Kabinetts mit Ihren zumachen durchzugehen? — Der Zeuge bezeugt dies. Er sei bei seiner Rückkehr nach Berlin mit dem Kapitän Heitze in dieser Angelegenheit zusammengekommen, Kapitän Berger sei jener Vorladung unterbreitet worden, seine Antwort habe zu gelungem, daß bei ihm durch Einsicht der Akten eine Veränderung seiner Meinung nicht zu erwarten war. Korrespondenzkapitän J. M. Heitze war von Berger als sein Vertreter gemäß worden, der Zeuge erklärt, er sei mit ihm auf dem Marineklub zusammengekommen, und dort habe er ihn aus den Akten alles gesagt. Kapitän Heitze, der bis dahin nur aus den Mitteilungen des Kapitän Berger informiert war, habe aus der Kenntnis der Akten ein ganz anderes Bild gewonnen wie vorher und habe zum Ausdruck gebracht, daß den Angaben des Kapitän Berger gegenteilig

Zuschüssungen und Freimüher

zugrunde lagen.
Staatsanwalt Tolli: Ist Ihnen bekannt, daß Exzellenz v. Müller ein besonderes Wohlwollen gegen Berger hatte?

Zeuge: Ja wohl.
Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Wir haben nun schon vier Personen, die Kapitän Schürmer, v. Dombrowski, Berger und Köhmann, die der Ansicht waren, daß der Admiral Schmidt den Angeklagten Berger zu streng und wenig wohlwollend behandelt. Was glauben denn der Zeuge, daß eine solche meinung auch auf die schriftliche Mitteilung, wie sie der Kapitän Schürmer gemacht, bezogen sollte? — **Zeuge:** Solche privaten Mitteilungen, die ja in großer Zahl bei dem Kabinetten eingehen, können nicht zur Grundlage dienstlicher Schritte gemacht werden.

Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Wir sind auch der Meinung und finden es deshalb außerordentlich, daß Herr Admiral Schmidt ein privates Gespräch, das

auf der Toilette

geführt wurde, zum Ausgangspunkt eines dienstlichen Vorgehens gegen Kapitän Berger gemacht hat. Ich frage den Herrn Zeugen weiter: Was das Renomme des Admirals Schmidt in der ganzen Marine ein solches, das man ihm nachsagte, er sei ein geschätzter und nachtragender Charakter?

Staatsanwalt Tolli: Ich bitte, diese Frage abzuhelfen. Die Entbindung der Seefahrer von der Wahrung des Dienstgeheimnisses geht doch nur so weit, als es den Aemtern der Unterbindung dient. Dazu gehört aber doch die Beantwortung einer solchen Frage nicht.

Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Ich habe gegen eine Beantwortung dieser Frage gar nichts einzuwenden.

Zeuge v. Kroß: Wirkliche Tatsachen sind mir nicht bekannt. Ich selbst war als jüngster Offizier dem Admiral Schmidt unterstellt und bin mit ihm sehr viel ausgekommen. Es sind aber fraglos Gerüchte in der Marine umgegangen, daß Admiral Schmidt ein sehr lebhaftes Temperament und einen nachtragenden Charakter habe. Andererseits ist mir eine Tatsache bekannt, wo Admiral Schmidt für einen Untergebenen in der allerzärtlichsten Weise eingetreten ist.

Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Wären Ihnen diese Gerüchte schon zu der Zeit bekannt, als Sie mit Exzellenz v. Senden in Ansehung an die Schürmerischen Mitteilungen trafen?

Zeuge: Ja. — **Bert:** Haben Sie diese Gerüchte bei dem Gespräch zur Sprache gebracht? — **Zeuge:** Nein, es handelte sich ja doch um eine private Mitteilung. — **Rechtsanwalt:** Sie ein stell durch Fragen jelt, daß Zeuge v. Kroß schon im Kabinetten war, als Berger nach seiner Verabschiedung seine Immediatengabe an den Kaiser gerichtet hatte. Dieses Gespräch bei der Flotte zugeteilt worden. Wissen Sie, so fragt Rechtsanwalt Heine den Zeugen, daß in der Immediatengabe Herr Kapitän Berger herorgehoben habe: es handelte sich um die Verdächtigung seines Charakters durch Admiral Schmidt. Wissen Sie, daß das Kabinet in seinen Bericht davon erwähnte, man wisse nicht, was Kapitän Berger eigentlich meine. Dieser Bericht der Flotte ist an das Kabinet zurückgegangen, nach dem dort an Seine Majestät, und das Ergebnis war für den Angeklagten Berger ein unangünstiges. Kapitän Berger meint nun, Sie hätten doch genau gewußt, was er damit gemeint habe. Sie hätten doch gewußt, daß es sich um den Fall v. Dombrowski handelte, und Sie hätten doch die Pflicht gehabt, seine Majestät zu informieren.

Zeuge v. Kroß: Meines Wissens war die Immediatengabe weder allgemein gehalten und knippte nicht an einen bestimmten Fall präzis an.

Angelf. Berger: Ich frage den Zeugen noch einmal ganz bestimmt: Ist Ihnen bekannt, daß in der Marine der Charakter des Admirals Schmidt als

nachtragend und nachsichtig

bezeichnet wurde? — **Zeuge:** Ich habe mich darüber schon geäußert. Daß es gewissermaßen eine vox populi in der Marine gewesen, kann ich nicht sagen.

Angelf.: Ich muß dann noch folgendes behaupten: Als ich im Dezember 1907 von Kiel gekommen war, hatte ich eine Unterredung mit dem Zeugen, und dabei hat mir Herr v. Kroß sehr wichtig mitgeteilt:

„Mir alle wissen ja, daß Admiral Schmidt in der ganzen Marine als nachtragender und geschätzter Charakter bekannt ist. Weiter faßt er in seinen Qualifikationsberichten nicht lesen.“
Zeuge: Die Details des Gesprächs sind mir nicht mehr bekannt. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß zu jener Zeit Kapitän Berger in großer beständiger Erregung war und mein Bestreben darauf hinging, ihn zu beruhigen und ihn sein inneres Gleichgewicht wiedererlangen zu lassen. Ob ich in diesem Bestreben auch einmal zu weit gegangen bin, kann ich nicht sagen.

Vermischtes.

Der Messerstreiten von Berlin.

Messerstreiten und kein Ende.
Wie bereits telegraphisch berichtet, hat der gestrige Tag in Berlin drei neue Messerstreiten gebracht, ohne daß es gelungen wäre, den über die Täter dingstlich zu machen. Während in den vergangenen Tagen die Ueberrfälle auf bestimmte Stadtviertel beschränkt blieben, tauchen nunmehr die Messerstreiter ebenso in den Arbeiterquartieren im Osten wie am vornehmen Hohenzollernpark in äußersten Westen auf. Das erste Opfer des gestrigen Tages war die Schneiderin Lucie Rasche. Als das junge Mädchen früh um 3/8 Uhr zur Arbeit ging und die Treppe des Hauses Nr. 106/107/108 herabging, kam ihr ein Mann nachgeschritten, der sie auf dem zweiten Treppengang einholte. Erstreckt wandte sie sich um und erblickt in dem gleichen Augenblick einen so heftigen Stoß gegen den Unterleib, daß sie zummenbrach und bald darauf das Bewußtsein verlor. Sie hatte nur noch bemerkt, daß der Mann einige Stufen hinabsteife, sich dann einen Moment umwandte und die Worte hervorbrachte:
„Die hat genug!“

Hausbesohner fanden die Ueberfallene noch bewußtlos vor. Wie sich herausstellte, war der Messerstreiter mit großer Wucht geführt worden, denn er war durch vier Räder bis in den Oberhörsenkel gedrungen. Die Beinverletzung ist allerdings nicht bedeutend. Infolge der Dunkelheit, die auf der Treppe herrschte, hat das Mädchen den Täter nicht genau erkennen können; sie beschreibt ihn nach ihrem oberflächlichen Eindruck als einen Mann in den zwanziger Jahren, der einen schwarzen festen Hut und dunklen Ueberzieher trug.

Ein zweites Attentat

wurde in der ersten Vormittagsstunde in Wilmerstraße verübt. Als um diese Zeit das 23jährige Dienstmädchen Emma Borgmann, das bei dem Kaufmann Hauptert in der Kaiserstraße 205 in Stellung ist, im Auftrag der Herrschaft eine Besorgung machen wollte und dabei den Hof an der Ecke n. d. m. passierte, brach plötzlich ein junger Mann auf sie zu und verfehlte ihr einen heftigen Schlag auf den linken Oberarm. Das Mädchen war so erschreckt, daß sie keinen Laut von sich geben konnte. Als andere Straßepassanten hinzueilten, war der Angreifer schon geflüchtet und nicht mehr zu entdecken. Bei der Untersuchung des Armes wurde festgestellt, daß zwei Stigmata vorhanden waren. Eine von diesen Verletzungen ist ziemlich tief gewesen, der Stoß muß sehr kräftig gewesen sein, da ein dickes Jackett und die Taille durchstoßen worden sind. Die Verletzte kam bald wieder zu sich und wurde nach der Wohnung ihrer Dienherren geführt.

Eine Stunde später, gegen 12 Uhr mittags, wurde der Kriminalpolizei ein

dritter Ueberfall

gemeldet, diesmal am das Südwesten Berlins. Im Klub des Hauses Geyersstraße 9 hatte der Messerstreiter die Frau des Kaufmanns Hermann Geyers durch einen Stoß verletzt. Auch in diesem Falle ist der Angreifer entkommen.

Wer sind die Täter?

Die Polizei arbeitet eifrig. Sie verfolgt alle fährten, erwägt alle Möglichkeiten, die zur Verhaftung des Messerstreiter führen könnten. Allerdings bisher ohne Erfolg. Auf die Anfragen an die Kriminalpolizei nach entlassenen Gefestkranken an die Trennhäuser und Anstalten gerichtet hat, gehen immer noch Antworten ein. Die Nachforschungen nach den Entlassenen und die Nachprüfung ihrer Angaben über ihren Aufenthalt seit der Entlassung haben bisher aber keinen Anhalt über die Ermittlung des Täters gegeben. Die Polizei neigt immer mehr zu der Ansicht, daß alle Verbrechen der letzten Tage nicht auf die Schuld eines Täters zu legen seien. Wahrscheinlich ist, daß die Attentate in den verschiedenen Stadtteilen auch von verschiedenen Messerstreitern ausgeführt wurden; und dann dürfte die Annahme zutreffen, daß die Stadt zum Messerstreichen sich transthaft verdrückt hat, daß nach dem ersten Ueberfall andere gefehlschwache Männer mit dem Wahn zum Messerstreichen angestiftet worden sind.

Konferenz im Berliner Polizeipräsidium.

Übertragungstasche Hoppe hatte gestern mittag mit den Vorständen sämtlicher Hausbesitzervereine von Berlin und Umgebung eine Konferenz. Nach längerer Besprechung wurde vereinbart, daß die Hausbesitzer ihre Mieter auf die Gefahr hinweisen und vor allen Dingen dahin wirken sollen, daß die Frauen oder Mädchen bei Ueberfällen nicht kopflos fliehen werden. In allen Häusern soll ferner ein vorläufiger Ueberwachungsdienst eingerichtet werden, ebenso auf den Straßen. Die Hausbesitzer werden Leute annehmen, die die Plätze beobachten und bemerken.

Unterhaltungsblatt.

Stolze Herzen. Frei nach dem Englischen von Clara Rheinman. (Fort.) — Das moderne Mädchen. Humoreske von R. Wanta. — Bunte Zeitung: Fontane und Bismarck. Wie man Photographen erlangt. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Für den lokalen Teil, für Broschürennachrichten, Gericht und Sport: Eugen Frimman; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schamburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander; für den Inseratenteil: Friedrich Endralat; Druck und Verlag von Otto Sengel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

Letzte Nachrichten.

Die englische Chronrede.

London, 16. Febr. Die heute anfänglich der Parliaments-Eröffnung gehaltene Chronrede geht auf den Befehl des Königs Edward in Berlin in folgendem Sinne ein:
Die Reize des Königs habe einen vorzüglichen Eindruck hinterlassen. Freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und England seien eine dringende Notwendigkeit zur Erhaltung des Friedens.
Auch zu den übrigen Mächten, heißt es weiter, seien die Beziehungen gute. — In Persien müsse, um die Sicherheit des Friedens zu garantieren, eine Volksvertretung eingeführt werden. — Ferner kündigt die Chronrede die Erneuerung des Seefahrtvertrages mit Frankreich, Italien und Spanien an und spricht die Hoffnung aus, daß die Balkanfrage zu einer friedlichen Lösung gelangen würde. Sie gebietet weiter der Erdbebenkatastrophe in Italien und brüdt das Beileid der britischen Nation aus. — Ein neuer Gesetzentwurf, betreffend Indien, wird angekündigt. — Das Marinebudget, heißt es, wird große Ansprüche an die englischen Finanzen stellen.

Selbstmord eines Bankiers in Magdeburg.

Magdeburg, 16. Febr. In seiner Wohnung wurde der Bankier John, der Mitinhaber der Bank- und Baugesellschaft M. J. S. erschossen aufgefunden. Das Motiv der Tat ist nicht klar, doch vermutet man, daß pekuniäre Schwierigkeiten vorliegen.

Die Terroristen in Belgien.

Brüssel, 16. Febr. Die Untersuchungsbehörde begibt sich heute nach Gent zur Untersuchung der Angelegenheit der ruffischen Terroristen. In Gent wurde heute ein Brief festgestellt, den in der Wohnung des verhafteten belgischen Anarchisten Seliger vorfand. In seiner Handlung wurden kompromittierende Briefe gefunden, die zur Verhaftung eines zweiten Belgiers führten.

Keine österreichische Zinsulardepeche.

Wien, 16. Febr. Der „Politischen Korrespondenz“ zufolge ist die Meldung, daß der Wiener Kabinet eine Zinsulardepeche an die Mächte gefandt habe, aber im Begriff sei zu senden, unzutreffend.

Deisterreich und die Türkei.

Konstantinopel, 16. Febr. Heute trug hier das österreichische Protokoll wieder ein. Gleichzeitig kam ein höherer Funktionär des Auswärtigen Amtes an, der mit den Angelegenheiten der österreichischen Handelsverträge befaßt ist.

Erdbeben in Bulgarien.

Sofia, 16. Febr. Gestern nacht und gestern vormittag fanden in Bulgarien Erdbeben statt, die im östlichen Teile des Landes besonders heftig waren und großen Schaden anrichteten. Zahlreiche Häuser stürzten ein und auch Menschen sind ungenommen.

Prämien-Kursbericht

Der Bankfirma Samuel Zielensiger, Berlin.

Telegramm-Adress: „Bahnenbank Berlin“.

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien bzw. Käufer für Rückprämien:

	Vorprämien		Rückprämien	
	März	April	März	April
Lombarden	187 1/2	187 1/2	187 1/2	187 1/2
Brasilianer	114 1/2	115	115	115
Canada Pacific	176 1/2	177 1/2	177 1/2	177 1/2
Turken-Lose	149 1/2	149 1/2	149 1/2	149 1/2
Harnsdorf B.	152 1/2	153 1/2	153 1/2	153 1/2
Disc. Comp.	124 1/2	125 1/2	125 1/2	125 1/2
Beri. Halbes.	176 1/2	177 1/2	177 1/2	177 1/2
Deutch. Bank	148 1/2	149 1/2	149 1/2	149 1/2
Do. Luxemb.	136 1/2	137 1/2	137 1/2	137 1/2
Oesterr. Cred.	203 1/2	204 1/2	204 1/2	204 1/2
Russenbank	140 1/2	141 1/2	141 1/2	141 1/2
Dynam. Trust	164 1/2	165 1/2	165 1/2	165 1/2
Bamb. Packe.	110 1/2	111 1/2	111 1/2	111 1/2
Nordl. Lloyd	94 1/2	95 1/2	95 1/2	95 1/2
Prince Henry	122 1/2	123 1/2	123 1/2	123 1/2
Gr. Berl. Str.	184 1/2	185 1/2	185 1/2	185 1/2
8 1/2 Reichsb.	87 1/2	88 1/2	88 1/2	88 1/2
Russen v 1902	89 1/2	90 1/2	90 1/2	90 1/2
Bochumer	212 1/2	213 1/2	213 1/2	213 1/2
Leuna	300 1/2	301 1/2	301 1/2	301 1/2
Gelsenkirch.	194 1/2	195 1/2	195 1/2	195 1/2
Harpenr.	195 1/2	196 1/2	196 1/2	196 1/2
Phönix	173 1/2	174 1/2	174 1/2	174 1/2
Do. Luxemb.	136 1/2	137 1/2	137 1/2	137 1/2
Dortmund.	68 1/2	69 1/2	69 1/2	69 1/2
A. E. G.	228 1/2	229 1/2	229 1/2	229 1/2

Vorprämien per März: Lombarden 187 1/2, Brasilianer 115, Baltimore 147 1/2, bis E. Canada 176 1/2, Türkei 125, Darmstadt Bank 124 1/2, Bochumer 213 1/2, Laura 204 1/2, Gelsenkirch 195 1/2, Phönix 174 1/2, Harpenr 196 1/2, A. E. G. 231 1/2, Do. Luxemb. 137 1/2, Dortmund 70 1/2.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen.

von Samuel Zielensiger, Berlin und Essen, 16. Febr.

	Geld	Brot	Flugo	Geld	Brot
Adler-Kali V. A.	64	68	Hugo	2460	2550
Alexander-V.	7250	7350	Innenrode	3250	3350
Baierndorf	4400	5000	Johanneshal	3500	3900
Burbach	11,800	12,600	Justus I	10 1/2	12 1/2
Carlsbad	6000	6200	Kaisersdorf	6600	6800
Cönnichthal	1	1	Kritgershal-Akt.	78	79
Deudewona	5500	5700	Ludwigsh.	70	71
Dwenz. Kali-Akt.	100	101	Nessensfakt	9400	10000
Deutschland	3200	3250	Reichskronn.	100	1180
Friedrichshal.	—	97	(Lessa)		
Gibekau	—	—	Roland	117	120
Sonderhausen	15,800	16,800	Ronneberg (Akt.)	1550	1600
Grünthal	4000	4100	Rothberg	2650	2750
Hans. Kai Akt.	39	41	Sachsen-Weimar	2850	2950
Hana	2850	2950	Scheifeckert	575	585
Harpenr.	195	200	Sigundsh.	3150	325
Heldburg	79	81	Stieghrd	125	122
Holdungen I	1200	1300	Tentonia-Akt.	160	182
Holdungen II	1000	1100	Wintershal	9850	12,150
Hornum II	1785	1855	Widdehal	11,900	12,200
Hohfeld	5000	5150			
Hohenzollern	3850	3950			

Main table containing stock market data, organized into columns for various companies and sectors like 'Bankkredit', 'Industrie-Aktien', and 'Deutsche Löhne'.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional reference.